

vom 28. November 1961 und das Memorandum der acht neutralen Staaten vom 16. April 1962 die für den Abschluß eines Vertrages über die Einstellung der Kernwaffenversuche notwendige Grundlage bieten.

Der Weg zur Abrüstung muß von allen Hindernissen befreit werden, die ihn noch versperren. Es muß eine Minderung der internationalen Spannungen erreicht werden, die die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges durch den Abschluß des deutschen Friedensvertrages und die auf seiner Grundlage erfolgende Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt erfordert. Beide Seiten erörterten ausführlich die damit zusammenhängenden Fragen.

Die beiden Delegationen unterstreichen die Gefahr, die von der verstärkten Aggressivität der westdeutschen Militaristen ausgeht, die mit Hilfe der NATO in Westeuropa ihre Vorherrschaft durchsetzen wollen. Die Hitlergenerale in Westdeutschland, die aggressive Pläne gegen die sozialistischen Länder vorbereiten, tun alles in ihren Kräften Stehende, um in den Besitz von und die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu gelangen.

Die jüngsten von den westdeutschen und Westberliner Revanchisten durchgeführten Provokationen an der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik demonstrieren erneut die dringende Notwendigkeit der Lösung der Westberlinfrage durch die Beseitigung des Besatzungsregimes und die Umwandlung dieser Stadt, die - wie die Westmächte selbst anerkennen - nicht zur westdeutschen Bundesrepublik gehört, in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt.

Beide Seiten drücken ihre Überzeugung aus, daß die Westberlinfrage friedlich gelöst wird und daß sämtliche Machenschaften und Aggressionsakte der westdeutschen und Westberliner Revanchisten und Militaristen auch in Zukunft an der Festigkeit und Stärke der Deutschen Demokratischen Republik und an der Entschlossenheit und unzerstörbaren Einheit der sozialistischen Staaten scheitern werden.

Die Rumänische Volksrepublik schätzt die Anstrengungen hoch ein, die die Deutsche Demokratische Republik im Kampf gegen den wiedererstandenen aggressiven westdeutschen Militarismus, für die Festigung des Friedens und die Sicherheit der Völker unternimmt. Die von der Deutschen Demokratischen Republik am 13. August 1961 auf der Grundlage der gemeinsamen Beschlüsse der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages getroffenen Maßnahmen zur Sicherung ihrer Staatsgrenze, gegen die die Aggressionshandlungen der westdeutschen Revanchisten, die von den westlichen Besatzungstruppen unterstützt werden, gerichtet sind, waren eine wichtige Aktion zur Erhöhung